Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.) durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Donnerstag, den 20. Oktober 1927 — Nummer 246

Verbreitert die Kampffront!

Clara Zetkin geißelt im Reichstag die Schulreaktion

Heute Schiedsverhandlungen im Bergarbeiterkampf / Die SPD-Führer vor der Kapitulation / Die Bergarbeiter zur Fortführung des Kampfes entschlossen / Einstellung der Stromlieferung in Mitteldeutschland

Clara Zetkin zum Reichsschulgesetz

Berlin, 19. Oktober 1927.

Selbst dieser Reichstag abgebrühter Parlamentarier wird ruhig, als Clara Zetkin spricht, körperlich noch von den Nachwirkungen einer eben erst überstandenen Krankheit beeinflußt, aber geistig in alter Frische und Lebendigkeit, mit dem revolutionären Temperament der Kämpferin, die ein arbeitsreiches Leben in den Dienst des Proletariats gestellt hat. Wie ein ungezogener Junge, der sich einer Züchtigung entziehen will, läuft der preußische Junker Keudell aus dem Saal. Die Sozialdemokraten sitzen schweigend, unsicher, geduckt unter den Schlägen, die wegen ihres Prinzipienverrats auf sie niedersausen. „Das ist schon lange her!" ruft Dittmann, als Clara Zetkin an die Verhandlungen des Sozialdemokratischen Parteitages in Mannheim 1906 erinnert. Heute gilt es für die SPD, unter allen Umständen an der Koalition mit dem Zentrum festzuhalten und der katholischen Kirche zuliebe auf jeden ernsthaften Kampf gegen die Kulturreaktion zu verzichten. In großangelegter Rede, die völlig frei gehalten wird, während alle bisherigen Redner mit der Nase nicht aus ihren Notizen und Manuskripten herauskamen, gibt Genossin Zetkin einen Ueberblick über die Zerfalls- und Verfaulungserscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft auf kulturellem Gebiet. Sie zeigt die Wesensverwandtschaft zwischen dem 1922 von dem sozialdemokratischen Staatssekretär Schulz vorgelegten Entwurf mit dem heutigen Entwurf des Bürgerblocks. In der Sowjetunion ist das Schulwesen auf der Grundlage des Kampfes um den Sozialismus aufgebaut. Eine solche Entwicklung des Schulwesens sei allerdings erst möglich, wenn das Proletariat den Klassenstaat der Bourgeoisie zertrümmert hat. Die Rede der Genossin Zetkin macht einen starken Eindruck auf das ganze Haus. Die Vertreter aller Parteien spüren, daß hier ein von einer geschlossenen Weltanschauung getragener Kampfwille zum Ausdruck gekommen ist. Die Massen draußen im Lande, an die sich Genossin Zetkin am Schluß ihrer Rede wandte, werden diesen Ruf durch geschlossenen Aufmarsch gegen den Bürgerblock und seine sozialdemokratischen Schildträger aufnehmen.

Sitzungsbericht

Nach Eröffnung der Sitzung des Reichstages am Mittwoch dem 19. Oktober erklärt der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Runkel, daß die volksparteilichen Minister sich ihre Stellungnahme zu dem Schulgesetz ausdrücklich vorbehalten. Sie sehen den Entwurf als brauchbare Grundlage an, behalten sich jedoch vor, Abänderungsanträge zu stellen. Es gibt Bestimmungen des Gesetzentwurfes, in denen die Volkspartei auf einem prinzipiell anderen Standpunkt steht.

Rede der Genossin Clara Zetkin:

Im Januar 1922 bekämpfte ich im Auftrage der Kommunistischen Partei mit aller Entschiedenheit den Entwurf zu einem Reichsschulgesetz, der von dem damaligen sozialdemokratischen Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Heinrich Schulz, vorgelegt worden war. Nach fast sechs Jahren steht der Reichstag abermals vor der Aufgabe, ein Reichsschulgesetz zu beraten. Die Entwicklung hat inzwischen nicht stillgestanden. Die herrschenden Träger der verheißenen Neuordnung der sozialen Verhältnisse sind im Galopp geritten, aber nicht nach vorwärts, sondern nach rückwärts. Der Entwurf der 1922 dem Reichstag vorlag, war völlig ungenügend. Der gegenwärtige Entwurf eines Reichsschulgesetzes bessert nichts, sondern verschlechtert nur. Dabei muß hervorgehoben werden:

Es besteht kein Wesensunterschied, kein grundsätzlicher Unterschied zwischen dem Entwurf des weiland Staatssekretärs Heinrich Schulz und dem Entwurf des Reichsministers v. Keudell.

Alles, was an dem Entwurf Keudells getadelt und kritisiert wird, das ist im Keim zum Teil schon in recht greifbarer Gestalt auch in dem Entwurf von 1922 enthalten gewesen. Was steht in diesem Entwurf von der Umwandlung der gegenwärtigen Lern- oder richtiger Drill- und Prügelschule in eine wahre Erziehungsschule, deren Grundlage der produktive Arbeitsunterricht ist? Gewiß, diese Forderung war auch in dem Entwurf des Herrn Heinrich Schulz nicht enthalten, obgleich er in seinen früheren Zeiten wiederholt in Wort und Schrift die Auffassung vertreten hatte, daß Karl Marx mit Recht festgestellt habe, der produktive Arbeitsunterricht sei die vorzüglichste Methode, körperlich und geistig allseitig harmonische Menschen zu schaffen.

Die Art und Weise, wie in dem Entwurf von deutschem Kulturgut usw. gesprochen wird, gibt den Boden ab für die nationalistische, chauvinistische, kriegshetzerische Verseuchung des Volksbewußtseins, wie sie im Interesse des neuen deutschen Imperialismus liegt.

Der vorliegende Entwurf beschränkt sich in der Hauptsache darauf, zwei Fragen zu entscheiden, und zwar zu ungunsten der werktätigen Massen: die Frage der Weltlichkeit und Einheitlichkeit der Volksschule. Wir Kommunisten fordern, daß sowohl Abs. 2 des Artikels 146, als auch Artikel 149 über den Religionsunterricht gestrichen werden. Herr v. Keudell wird mit der Weltlichkeit der Schule auch die Einheitlichkeit preisgeben. Darüber können auch etwaige sogenannte Verbesserungen im Sinne der preußischen Anträge nicht hinwegtäuschen, in denen stärker betont werden soll, daß die Gemeinschaftsschule Regelschule, Vorzugsschule, oder wie man es sonst nennen will, sein soll. Die Konfessionalisierung und Klerikalisierung des Unterrichts ist ferner in all den Bestimmungen gegeben, die innerhalb jeder Gemeinde einem Drittel der sogenannten Erziehungsberechtigten das Recht geben, andere Schulformen als die Gemeinschaftsschule zu beantragen. Dazu kommt noch die hervorragende Anteilnahme, um nicht zu sagen der ausschlaggebende Einfluß, der bei der Schulaufsicht den Vertretern der obersten kirchlichen Instanzen und der Religionsgesellschaften eingeräumt wird. Diese Herren sollen das Recht besitzen, Einsicht in die Lehrpläne, Lern- und Lehrbücher zu nehmen. Damit wird das Recht des Staates auf die oberste Schulaufsicht hinfällig gemacht.

Mit der Weltlichkeit der Schule gibt der Keudellsche Entwurf aber auch die Einheitlichkeit der Schule preis. Er setzt einen Trumpf auf die Zerschlagung der Einheitlichkeit der Volksschule. Er löst die Einheitlichkeit in Schulen aller möglichen Bekenntnisse und der verschiedenen Weltanschauungen auf. Und was bedeutet die Preisgabe der Einheitlichkeit? Sie bedeutet eine Herabminderung der pädagogischen, der unterrichtstechnischen Fähigkeit und Kraft der Schule. Hier kommt es zu einer Zersplitterung des Schulwesens, deren höchster Gipfel bereits durch das Konkordat in Bayern aufgezeichnet worden ist.

In der starken Betonung des Rechtes der Erziehungsberechtigten, über den Inhalt des Unterrichts ihrer Kinder zu entscheiden, steckt der Appell an die rückständigsten Elemente der Gesellschaft, es steckt dahinter die Verschiebung des Einflusses vom Staat auf die rückständigen von kleinbürgerlichem Geist erfüllten Familien. Dieses Gesetz, das sich darauf beruft, religiöse Befriedung, Toleranz und Duldsamkeit schaffen zu wollen, trägt die religiösen und Weltanschauungskämpfe in die Gemeinden und in die Familien hinein. Gewiß, wir werden die Auswirkungen solcher Tatsachen dialektisch betrachten; denn was der Verpfaffung der Schule, was der Verdummung der breiten Volksmassen dienen soll, wird zum Ausgangspunkt werden, durch erhöhte Agitation und Propaganda auch die jetzt noch schlafenden und rückständigen Frauenmassen und Familienmassen zu mobilisieren, mit besserer Erkenntnis und mit Kampfentschlossenheit zu erfüllen.

Wir verlangen nicht einzelne weltliche Schulen, oder einzelne Weltanschauungsschulen, wir verlangen die

volle Weltlichkeit aller Volksschulen.

Die einzelnen weltlichen Schulen sind nichts anderes als Aussätzigenkolonien für dissidente Kinder, die man als Elemente der Aufrüttelung von der Berührung mit anderen Kindern absondern und abschließen will.

Ich stehe nicht an, zu erklären: ich pfeife auf weltkundliche Erkenntnisse, wenn sie nicht auch weltanschaulichen Bindungen dienen, wenn sie nicht fruchtbar werden in dem Willen zur Gesellschaftsgestaltung durch den gemeinschaftlichen revolutionären Klassenkampf des Proletariats. Daß solche Schulen geschaffen werden können, in Uebereinstimmung mit den Ergebnissen der fortgeschrittensten Pädagogik, unter Ausnutzung aller Ergebnisse der modernen Wissenschaft, zeigt die Entwicklung des Schulwesens in der Sowjetunion. (Sehr richtig! bei den Komm.) Da haben wir die volle, freie Weltlichkeit, die volle Einheitlichkeit des Schulbetriebs; da haben wir als Inhalt, als Aufgabe des Volksschulunterrichts nicht die Erziehung zu dem Staatsgedanken als einem Abstraktum, hinter dem nichts steht als die schreckliche Wirklichkeit des kapitalistischen Klassenstaates; da haben wir eine Erziehung auf der Grundlage der solidarischen, produktiven Arbeitsgemeinschaft, eine Erziehung, die bewußt auf die Heranbildung proletarischer, revolutionärer Klassenkämpfer gerichtet ist, die stark und fähig sind, opferfreudig genug, die Errungenschaften der Revolution festzuhalten, gegen alle Feinde zu verteidigen, aber auch erkenntnisklar, körperlich, geistig, sittlich-gesund und stark genug, um die neue Welt des Sozialismus, des Kommunismus aufzubauen. Aber die Entwicklung des Volksschulwesens in der Sowjetunion, die eines der glänzendsten Ruhmesblätter in der zehnjährigen Geschichte dieses neuen jungen Proletarierstaates ist, mehr noch: eines der glänzendsten Ruhmesblätter in der Menschheitsgeschichte überhaupt, zeigt uns auch die eine Tatsache, daß eine solche Entwicklung des Volksschulwesens erst möglich ist, nachdem das Proletariat den Klassenstaat der Bourgeoisie zerschmettert und in seiner Diktatur die Sowjetordnung aufgerichtet hat, die die Bahn freilegt zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.

Die große Mehrheit dieses Hauses betrachtet das Reichsschulgesetz als Handelsobjekt für die jetzige Regierungskoalition. Auch das Verhalten der Sozialdemokratie, insbesondere das Verhalten der preußischen Regierung zu dem Schulgesetzentwurf

Vor dem Verrat im Braunkohlenkampf

Halle, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Heute nachmittag finden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen dem Mitteldeutschen Unternehmerverband und den Bergarbeiterorganisationen statt. Die Unternehmer haben gestern bereits erklärt, daß sie keinen Pfennig Zulage bewilligen, ehe nicht eine „angemessene Kohlenpreiserhöhung" zugestanden wird. Das Reichsarbeitsministerium beabsichtigt, einen Schiedsspruch zu fällen, dessen Erklärungsfrist bis spätestens Montag mittag läuft, der unter allen Umständen für verbindlich erklärt werden soll.

Die von Sozialdemokraten beherrschte Zentralstreikleitung hat für Sonnabend eine Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter nach Halle einberufen, die zu dem Ergebnis der neuen Verhandlungen und zu dem eventuellen Schiedsspruch Stellung nehmen und ihre Entscheidung fällen soll. Die sozialdemokratischen Bergarbeiterführer begrüßen das Eingreifen des Zentrumsministers Brauns und wollen jedem „annehmbaren Kompromiß" zustimmen, das heißt sie bestehen nicht mehr auf der vollen Durchsetzung der Bergarbeiterforderungen, sondern sie wollen dem heldenhaft geführten Kampf mit Hilfe der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches sofort das Genick brechen.

*

Die Bergarbeiter sind von eisernem Kampfeswillen beseelt. Im mitteldeutschen Bergbau herrscht seit gestern vollkommene Arbeitsruhe. Auf der einzigen Grube, die noch fast voll gearbeitet hatte, auf „Gute Hoffnung" im Geiseltal, ist die Belegschaft gestern nicht mehr eingefahren. Das Senftenberger Kohlenrevier hat sich dem mitteldeutschen Streik mit 85—90 Prozent der Belegschaft angeschlossen. Die Streikenden verlangen restlose Bewilligung der aufgestellten Forderungen und lehnen jedes Kompromiß erbittert ab. Die Bergarbeiter sind besonders erregt über die ungeheuren Lügenmeldungen der sozialdemokratischen Presse, deren Angaben über „kommunistische Streikbrecher" in jedem einzelnen Falle sofort an Ort und Stelle nachgeprüft und als Schwindel entlarvt wurden. (Siehe 2. Seite der Arbeiterstimme.)

Notwendig ist jetzt rücksichtslose Weiterführung und Verbreiterung des Kampfes der Bergarbeiter auf die Elektrizitäts-, Chemie- und Transportarbeiter, Verweigerung aller Kohlentransporte zur Verstärkung des Druckes auf die Kohlenbarone und die von dem mitteldeutschen Bergbau abhängigen anderen Unternehmer, Solidarität aller deutschen Arbeiter mit den mitteldeutschen Bergarbeitern, materielle, moralische und politische Unterstützung des Kampfes gegen die staatliche Zwangsschlichtungsmaschine, die heute in Bewegung gesetzt wird, um den Streik in Mitteldeutschland zu erdrosseln.

Fort mit dem Schlichtungszwang! Streikfreiheit für das Proletariat! Verschärfter Kampf bis zum vollen Siege der Bergarbeiter!

*

Allgemeiner Polizeieinsatz

Halle, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der sozialdemokratische Regierungspräsident von Merseburg, Grüßner, läßt Kommandos Schupo in die Streikgebiete fast aller ihm unterstehenden Orte, wo gestreikt wird, transportieren und die Gruben besetzen, obgleich es nirgends zu Gewalttätigkeiten oder Zusammenstößen gekommen ist. Weiter sollen nach einer Besichtigungsreise des Regierungspräsidenten diejenigen preußischen Behörden, die dem Sozialdemokraten Grzesinski unterstehen, zu der Ansicht gekommen sein, daß die Streikenden durch Protestversammlungen und durch Streikpostenstehen die Oeffentlichkeit „terrorisieren", und daß der Einsatz der Technischen Nothilfe in größerem Umfange notwendig sei.

Aus Senftenberg wird gemeldet, daß der sozialdemokratische Landrat die gesamte Kreisgendarmerie zusammenzieht und Schupokommandos vor den Gruben aufziehen läßt, die mit Karabinern und Gummiknüppeln bewaffnet sind und die Arbeiterschaft planmäßig provozieren. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat auf Grund des Hirschfelder Streikes die Technische Nothilfe eingesetzt und zwei Dresdner Hundertschaften Schupo nach Hirschfelde entsandt.